



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/131

Bonn, den 9. Juni 1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Problematische "Teuerungszulagen"	S. 1
Wahlfeldzug in Frankreich	S. 3
Falsche Zweckmeldung	S. 4
Koalitionskalamität in Kiel	S. 5

## Teuerungszulagen mit Fußangeln

### Benachteiligung der Bedürftigsten

d.g. Der Entwurf des Teuerungszulagengesetzes der Bundesregierung hat die erste Hürde des parlamentarischen Durchlaufes - den Bundesrat - nicht nehmen können, es soll seiner schwerwiegenden sozialpolitischen und fiskalischen Auswirkungen wegen noch einmal in den zuständigen Ausschüssen und Länderkabinetten beraten werden. Ganze 3 DM hatte die Bundesregierung "zur Abgeltung von Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln" allen Empfängern von Renten und Fürsorgeleistungen versprochen, dann aber wieder rund 12 Mio. Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsrentner herausgenommen, sodaß nur noch rund 4 1/2 Mio. Empfangsberechtigte übrig blieben. Diese Streichung hätte eine monatliche Einsparung von etwa 22 Mio. DM zur Folge.

Der Begründung der Bundesregierung ist eine Aufstellung beigegeben, die deutlich machen soll, daß mit den 3 DM nicht nur die Erhöhung des Getreidepreises sowie die vorgesehene Preissteigerung bei Zucker, Margarine, Milch, Butter und Brot abgedeckt ist, sondern damit auch weitere zu erwartende Preiserhöhungen aufgefangen werden. Als Kronzeuge muß das "Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften" dienen, da man angeblich die Verbrauchsmengen der WWI-Indextiffern der Berechnung zugrundegelegt habe. Mit anderen Worten also: die Gewerkschaften als Pate

bei der 3 DM-Zulage! Man hat in durchsichtiger Methode die Mitte 1950 vom WWI errechneten Verbrauchsmengen einfach mit dem längst überholten Preisindex des Statistischen Bundesamtes multipliziert. Sogar der Fachausschuß "Preise und Löhne", das Beratungsorgan des Bundeskanzlers, hat diesen Preisindex als nicht mehr verwendbar angesehen und das WWI hat ihn seit langer Zeit angefochten. Es ist auch eine plumpe Täuschung, die Teuerungszulage lediglich nach den Preisen der Grundnahrungsmittel zu errechnen. Die allgemeinen Preissteigerungen betragen seit Juni 1950, auf kleine Einkommen berechnet, mindestens schon 20 Prozent. Man müßte daher die Zulage gerechterweise nicht nur auf bestimmte Warengruppen, sondern auf die tatsächlich eingetretenen Verteuerungen aufbauen. Aber mit diesem Einwand hat sich der Bundesrat leider nicht befaßt, das wird nun Sache der Gewerkschaften sein.

Die Länder möchten die Teuerungszulagen auch den Empfängern von Arbeitslosen-Unterstützung geben. Bei den Mehrkosten, etwa 60 Mio. DM, würde fraglich sein, ob sie aus Haushaltsmitteln des Bundes oder vom Reichsstock zu tragen sind. Empfänger von Kranken- oder Familiengeld der Unfallversicherung, sowie von Kranken- oder Hausgeld der Krankenversicherung, sollen die Teuerungszulage nicht erst - wie Bonn wünscht - nach sieben Wochen, sondern nach 14 Tagen erhalten.

Die Regierungsvorlage sieht für Sozialleistungsempfänger einen bestimmten Höchstbetrag der Teuerungszulage vor. Dieser ist aber so gehalten, daß ledige oder kinderlos verheiratete Schwerkriegsbeschädigte überhaupt keine Teuerungszulage erhalten. Ähnliche soziale Härten treffen die Arbeitslosen, deren Nettobezüge 70-90 Prozent des früheren Brutto-Arbeitsverdienstes überschreiten. Nach diesem Schema würden Arbeitslose mit gleichem Familienstand in den höheren Lohnstufen die Zulage voll erhalten, während die Bedürftigeren leer ausgehen, der Familienvater hätte weniger Aussicht auf eine Teuerungszulage als der Ledige.

+ + +

Leidenschaftsloser Wahlfeldzug in Frankreich.

A.F. Paris, 9. Juni

Im französischen Leben ist ganz offensichtlich die am 17. Juni stattfindende Wahl eines neuen Parlamentes eine zweitrangige Episode. Der Durchschnittsfranzose hat andere Sorgen, er kämpft um sein tägliches Brot, um die Verbesserung seiner materiellen Lage und denkt viel mehr an die Organisierung seiner Ferien als an ein politisches Kräftespiel, dessen Regeln er nicht mehr versteht und dessen Fäden schon lange seiner Kontrolle entgangen sind. Politik als Selbstzweck ist in Frankreich nur noch einer kleinen Minderheit vorstellbar. Selbst im kommunistischen Lager macht sich diese allgemeine Gleichgültigkeit und Leidenschaftslosigkeit bemerkbar. Andere Gruppen, besonders in der Provinz, hatten sogar Schwierigkeiten, die erforderliche Zahl von Kandidaten für die Aufstellung ihrer Wahllisten zu finden. Die allgemeine Geldknappheit wirkt ebenfalls bremsend. Es gibt Kandidaten die gezwungen sind, ihre Wahlplakate selbst anzukleben.

Die große Zahl der Listen - 4000 Kandidaten für 600 Sitze - hat keine besondere Bedeutung. In Wirklichkeit wird der Wahlkampf von fünf Gruppen geführt: Kommunisten, Sozialisten, Volksrepublikanern, Konservativen (zu denen, nach ihrem Namen paradoxerweise, auch die Radikalsozialisten gehören, neben den sogenannten Unabhängigen, den Bauern u.a.) und Gaullisten. Die beiden Extremen zur Rechten und zur Linken gehen ihren Weg allein, während die Mitte, die bisher die Regierungskoalition stellte, in einer großen Zahl von Wahlbezirken die im neuen Wahlgesetz vorgesehene lose Verbindung eingingen und oft gute Aussicht haben, die erforderliche Stimmenmehrheit von 51 v.H. auf sich zu vereinigen und damit sämtliche Parlamentssitze des Wahlbezirkes zu erhalten.

Die Kandidaten der demokratisch-republikanischen Parteien, die mit starken Befürchtungen vor ihre Wähler traten, erwarten nun mit unerhoffter Zuversicht das Urteil des Volkes. Sie sind der festen Überzeugung, daß die Mehrheit der Franzosen entschlossen ist, das Abenteuer der Extremen abzulehnen und den Weg der Mitte weiterzugehen. Die Kommunisten werden allerdings viel mehr Sitze als

Stimmen verlieren. Die Aussichten der Gaullisten werden nach weitverbreiteter Ansicht überschätzt. In der Provinz, besonders südlich der Loire, konnte die Bewegung des Generals kaum Fuß fassen. Seine autoritären Methoden bei der Aufstellung der Kandidatenlisten führte zudem zu zahlreichen Verärgerungen. Um seiner Kandidaten sicher zu sein - bei einer früheren Wahl schwenkte ein Teil der auf gaullistischen Listen gewählten Abgeordneten zu anderen Parteien ab - entsandte der General in verschiedene Wahlbezirke gegen den Willen der lokalen Organisationen seine mitunter zweitklassigen Pariser Mitarbeiter. Eine derartige Handlungsweise widerspricht völlig den französischen Gewohnheiten.

Die Gewinner der Volksbefragung dürften nach recht zuverlässigen Voraussagen die anti-gaullistischen Konservativen sein. Radikalsocialisten und Unabhängige, die in der alten Nationalversammlung nur verhältnismäßig wenig Gewicht hatten, können sehr wohl mit 200 und mehr Abgeordneten in das neue Parlament zurückkommen. Im sozialistischen Lager rechnet man nach den ersten erfreulichen Fühlungsnahmen mit der Wählerschaft mit weitgehender Aufrechterhaltung der augenblicklichen Positionen, eine breite Schicht des französischen Volkes wird weiterhin der sozialistischen Partei ihre Stimme geben, selbst wenn sie deren Politik nicht immer billigt, einfach weil sie weder für die Kommunisten ist noch für die katholischen Parteien und noch viel weniger für den Gaullismus. Die Stärke der französischen Demokratie liegt vor allen Dingen in der traditionsgebundenen politischen Schwerfälligkeit der Massen.

+ + +

#### I r r e f ü h r u n g

(sp) Die "Frankfurter Neue Presse" veröffentlichte am 8. Juni eine Meldung, derzufolge sich "der sozialdemokratische Wirtschafts-senator von Bremen, Harmsen," für den Schumanplan ausgesprochen habe. Das Büro des Parteivorstandes erklärt, daß Harmsen nicht Mitglied der SPD ist und hat die "Frankfurter Neue Presse" zur Berichtigung ihrer Meldung aufgefordert.

Harmsen gehörte bisher der Bremer "Volkspartei" an.

+ + +

Von K r i s e zu K r i s e  
Regierungskalamitäten ohne Ende

E.M., Kiel, 10. Juni 1951

Die politische Situation in Schleswig-Holstein hat sich in den letzten Wochen derart zugespitzt, daß eine Lösung nur durch eine radikale Abkehr von den Praktiken der gegenwärtigen Regierungsparteien erwartet werden kann. Wenn Prof. Schönemann (FDP), der Sprecher der bürgerlichen Wahlblockfraktion, kürzlich einen Vortrag "Von Krise zu Krise" ankündigte, so hat er damit treffend umrissen, was sich in Kiel in den letzten Wochen ereignet hat und für die nähere Zukunft zu erwarten ist.

Man muß sich kurz erinnern: Jetzt und nach den Wahlen vom 9. Juli 1950 Zusammenschluß von CDU / FDP / DP zum "Deutschen Wahlblock" - Koalition dieses Wahlblockes mit dem BHE - Ministerpräsident mangels einer geeigneteren Persönlichkeit der nicht dem Landtag angehörige Fabrikant Dr. Walter Bartram (CDU) - sehr baldige Gegensätze zwischen diesem auf der einen, dem Landesvorsitzenden Schröter und dem Bundesvorsitzenden der CDU Adenauer auf der anderen Seite - Ehrengerichtsverfahren Bartram gegen Schröter wegen angeblicher unehrenhafter und sogar krimineller Handlungen endet zugunsten Schröter's, der sofort zurückschlägt mit einem gleichen Verfahren gegen Bartram wegen parteischädigenden Verhaltens. Durch all' das gilt die Position des Ministerpräsidenten heute als äußerst gefährdet. In CDU-Kreisen werden bereits als Nachfolger Bartrams rund anderthalb Dutzend Namen genannt, unter ihnen auch der des Universitätsprofessors und CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Hermann.

Inzwischen ist jedoch eine neue Wendung eingetreten. Oppositionelle CDU-Kreise unter Führung des Flensburger Landrats Lübke, des Landtagsabgeordneten Jensen-Ausacker und des Vorsitzenden des Bauernverbandes, Wilhelm Struve, bekundeten auf einer Tagung in Oeversee bei Flensburg, daß der Landesvorsitzende ihr Vertrauen nicht mehr besitze. Schröter erklärte darauf, er wolle sein Amt demnächst niederlegen.

Für die Ministerpräsidentschaft Bartrams scheint damit aller-

dings nichts gewonnen zu sein; denn dieselben CDU-Kreise, die Schröter stürzten, treten ebenso entschieden für einen Rücktritt Bartrams ein. Derselben Ansicht ist man in der FDP, deren Sprecher schon seit längerem kein Hehl daraus machen, daß sie den gegenwärtigen Ministerpräsidenten für "denkbar ungeeignet" halten. Selbst der BHE-Vorsitzende Waldemar Kraft, der noch bis vor kurzem Bartram stützte, da er in ihm den Garanten für den Fortbestand der Koalitionsregierung sah, ist heute der Auffassung, daß der Ministerpräsident durch eine andere Persönlichkeit ersetzt werden sollte.

Die SPD, als die stärkste Partei, verhält sich abwartend. Sie habe, so läßt sie verlauten, keine Ursache, "die Mitverantwortung für die immer offenkundiger werdenden Mißerfolge der bürgerlichen Regierung zu übernehmen". Wahrscheinlich würden Landtagsneuwahlen die einzige Möglichkeit sein, um in Schleswig-Holstein tragbare Regierungsverhältnisse zu schaffen. Was sich bis jetzt an politischer Instinktlosigkeit und politischem Unvermögen auf Seiten der bürgerlichen Koalitionsparteien gezeigt habe, könne nur durch einen radikalen Kurswechsel absorbiert werden.

Diese Auffassung gewinnt auch im bürgerlichen Lager an Boden. CDU und FDP beabsichtigen wieder ihre eigenen parteipolitischen Konzeptionen stärker zur Geltung zu bringen, da sie infolge der bisherigen Blockpolitik "bis an die Grenze der Selbstaufgabe" gelangt seien. Die Frage einer Koalitionsregierung mit der SPD gewinnt dabei mehr und mehr an Bedeutung. Auch Kraft soll sich einer solchen Lösung, die von Politikern aller Parteien als die für das Land beste bezeichnet wird, nicht mehr verschließen. Die Entwicklung in Niedersachsen wird in diesem Zusammenhang vielfach als symptomatisch gewertet.

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau